

Bericht von der Konferenz am 9.12.2005:

Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus. Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage

„Seit Jahren nutzen Rechtsextreme und Rechtspopulisten verstärkt wirtschaftliche Krisen und damit einhergehende soziale Verwerfungen unserer europäischen Gesellschaften propagandistisch aus und geben auf die so genannte „soziale Frage“ nationalistische, ja, nationalsozialistische Antworten.“ Diese ebenso knappe wie zutreffende Analyse von Bundestagsvizepräsident **Wolfgang Thierse** umriss bereits im Eingangsvortrag die Themen der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9.12.2005 in Berlin. Unter dem Titel „Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus. Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage“ diskutierten Politiker, internationale Rechtsextremismus-Forscher sowie Vertreter des Verfassungsschutzes und von Projekten gegen Rechtsextremismus mit knapp 200 Veranstaltungsgästen.

Der Rechtsextremismus-Forscher Dr. Thomas Grumke wies in seinem Vortrag nach, wie sich Rechtsextremisten basierend auf einer pan-arischen Ideologie international vernetzen und dadurch die rechtsextremen Bewegungen neue Kraft erhalten. In der Diskussion mit Wissenschaftlern aus England, Belgien und der Tschechischen Republik wurde deutlich, wie sehr Rechtsextremisten von den gegenwärtigen sozialen Problemen der globalisierten Wirtschaftsordnung profitieren, auch wenn Inhalte und Vorgehensweise der Parteien und Bewegungen international sehr verschieden sind.

Dieser europaweiten Instrumentalisierung der sozialen Frage durch die extreme Rechte widmete sich das zweite Panel des Tages. **Artur Hertwig** vom Bundesamt für Verfassungsschutz berichtete, dass die NPD seit Ende der 1990er Jahre die Sozialpolitik zum zentralen Aspekt ihrer propagandistischen Arbeit gemacht habe, allerdings ohne dabei ein eigenes sozialpolitisches Programm zu entwickeln. Trotz dieser inhaltlichen Schwäche biete die soziale Frage rechtsextremen Gruppierungen jedoch die Möglichkeit, ihre noch bestehende soziale Ächtung zu überwinden. Damit dies nicht geschehe, forderte der neue Generalsekretär der SPD, **Hubertus Heil**, alle demokratischen Parteien auf, den Diskurs über das Soziale neu zu führen. Speziell die SPD müsse die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und Antworten auf die Fragen geben, was heute sozial sei und wie die Gesellschaft der Zukunft aussehen solle.

In einer dritten Podiumsdiskussion diskutierten MitarbeiterInnen von Projekten gegen Rechtsextremismus die Themen der Konferenz mit Blick auf ihre praktische Arbeit. Sie berichteten vom starken kommunalpolitischen Engagement der NPD in Sachsen, wodurch sich die Partei erfolgreich als „Anwalt der kleinen Leute“ präsentiere und von einer anhaltenden Modernisierung und Professionalisierung der rechtsextremen Bewegung. Begünstigt würde die rechtsextreme Propaganda von der seit Jahren anhaltenden sozialen Desintegration einiger Regionen speziell in Ostdeutschland durch Abwanderung, wirtschaftliche Probleme und Strukturverfall.

Einig waren sich die ReferentInnen der Konferenz, dass Rechtsextremismus zu den dauerhaften Herausforderungen unserer Demokratie zählt. Nur durch vielfältige politische und zivilgesellschaftliche Maßnahmen und in Zusammenarbeit möglichst vieler Kräfte könne diese Herausforderung bewältigt werden. Insgesamt zeigten die regen Diskussionen während der Konferenz, dass der Gesprächs- und Weiterbildungsbedarf zum Thema Rechtsextremismus hoch ist. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet dafür mit ihrem neuen Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ ein Forum.